



HESSISCHER LANDTAG

06. 07. 2023

Plenum

Antrag

Fraktion DIE LINKE

Preise runter statt rauf! – RMV-Preiserhöhung um 8,2 Prozent ist der völlig falsche Weg

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Landtag stellt fest: Die vom RMV-Aufsichtsrat am 15. Juni beschlossene Preiserhöhung um 8,2 Prozent zum nächsten Jahreswechsel ist ein Rückschlag für die notwendige Verkehrswende. Nach dem Erfolg des 9-Euro-Tickets und dem 49-Euro-Ticket, das zumindest einen Schritt in die richtige Richtung darstellt, geht diese Maßnahme völlig fehl. Um Bus und Bahn attraktiver zu machen, müssen auch gelegentliche Nutzerinnen und Nutzer entlastet werden. Preissenkungen wären hier der richtige Weg, nicht Preiserhöhungen.
2. Der Landtag stellt fest, dass die Erhöhung der Preise von Einzelfahrkarten neben sonst eher Auto fahrenden Gelegenheitsfahrgästen insbesondere diejenigen belastet, für die eine Monatskarte wie das Deutschlandticket, aber auch der geplante "Hessenpass mobil", eine zu hohe Ausgabe darstellt. Die Preiserhöhung trifft damit die Ärmsten überproportional und erschwert deren Zugang zu Mobilität. Dass diese Personengruppe damit indirekt das 49-Euro-Ticket quersubventionieren soll, ist ein Skandal.
3. Der Landtag stellt weiterhin fest, dass erhebliche Investitionen nicht nur in den Infrastrukturausbau, sondern auch in den Ausbau des Bedienangebots (neue Linien, bessere Takte etc.) im Öffentlichen Nahverkehr erforderlich sind. Die Kosten hierfür dürfen nicht auf die Fahrgäste abgewälzt werden.
4. Der Landtag stellt fest, dass Hessen im Vergleich zu anderen Bundesländern wenig Landesmittel für den öffentlichen Personennahverkehr zur Verfügung stellt. Dem RMV-Geschäftsführer zufolge gebe Hessen pro Euro von Bundesebene nur 21 Cent Landesmittel ins System ÖPNV, in Berlin seien das zwei Euro, in Bayern 1,10 Euro.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich nachdrücklich für einen Verzicht auf die angekündigte, dramatische Preiserhöhung zum Jahreswechsel einzusetzen und Vorschläge zum Schließen der Finanzierungslücke vorzulegen.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, alternative Finanzierungsmöglichkeiten für den öffentlichen Personennahverkehr zu erarbeiten. Statt mit Fahrgelderhebung diejenigen zur Kasse zu bitten, die sich bereits vorbildlich verhalten, sollte mehr Geld ins System kommen: Aus Landesmitteln, aber auch aus neu zu schaffenden Abgaben etwa für Arbeitgeber.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 6. Juli 2023

Der Fraktionsvorsitzende:
Jan Schalauske